

1 L-03
2 **Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD**
3
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
5
6 **Handlungsfähigkeit stärken – Solidarität erneuern: Für**
7 **einen starken solidarischen Staat!**
8
9 Im Januar hat Oxfam in einer neuen Studie berichtet,
10 dass die weltweite Ungleichheit erneut dramatisch an-
11 gestiegen ist. Nur 26 Superreiche besitzen inzwischen
12 genauso viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Welt-
13 bevölkerung.
14
15 Und bei uns? In Deutschland steigerten die Milliardä-
16 re ihr Vermögen im vergangenen Jahr um 20 Prozent,
17 schreibt die Studie. Das reichste Prozent der Bevölke-
18 rung verfüge jetzt über genau so viel Vermögen wie die
19 87 ärmeren Prozent. Damit zählt Deutschland zu den In-
20 dustrienationen mit der größten Vermögensungleich-
21 heit.
22
23 Hinzu kommt: Weltweit führen Steuerbetrug, Steuer-
24 trickereien aber auch legale Methoden der Steuerver-
25 meidung dazu, dass dem deutschen Fiskus dringend be-
26 nötigte Einnahmen entgehen. Die Ungleichbehandlung
27 von Einkünften aus Arbeit auf der einen und aus Kapital
28 auf der anderen Seite ist leistungsfeindlich und un-
29 gerecht.
30
31 Wir brauchen finanzielle Handlungsspielräume für
32 Kommunen. Denn während die Unternehmensge-
33 winne sprudeln und die Arbeitslosenquote statistisch
34 gesehen auf einem Tiefstand ist, verfällt die Infra-
35 struktur und die soziale Versorgung. In einem reichen
36 Land wie Deutschland bröckeln Brücken, sind viele
37 Schulen in einem unwürdigen Zustand, und viele vor
38 allem ländliche Räume sind von Mobilfunk und Inter-
39 net abgeschnitten. Und: Eine wachsende Anzahl von
40 Menschen kann von ihrem Einkommen nicht leben.
41
42 Auch wenn die Wirtschaftsdaten für Deutschland ein
43 positives Bild zeichnen, dürfen wir nicht ignorieren, dass
44 Arm und Reich immer weiter auseinanderdriften und
45 der gesellschaftliche Zusammenhalt zunehmend ver-
46 loren geht. Angesichts einer sich zunehmend öffnen-
47 den Schere zwischen Arm und Reich bei deutlich ab-
48 nehmender Steuerlast der hohen Einkommen und Ver-
49 mögen und angesichts dringend notwendiger Investi-
50 tionen in die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvor-
51 sorge ist die SPD in besonderer Weise gefordert, für ei-
52 nen starken und finanziell handlungsfähigen Staat und
53 für mehr Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit ein-
54 zutreten. Wir wollen unter anderem mehr ErzieherIn-
55 nen, mehr LehrerInnen und PolizistInnen, die für ihre
56 gute Arbeit auch gut bezahlt werden. Dazu bedarf es
57 einer substanz- und krisenfesten finanziellen Ausstat-
58 tung des Staates.
59

Empfehlung der Antragskommission:
Annahme in der Fassung der Antragskommission

60 Und auch nur so entstünde Spielraum für die Entlastung
61 kleiner und wirklich mittlerer Einkommen, die sie am
62 Ende nicht über staatliche Leistungseinschränkungen
63 selbst finanzieren müssten. Der Staat nimmt von den
64 Vielen zu viel und von den Wenigen zu wenig an Steu-
65 ern ein, in einem Land, in dem Einkommen und Vermö-
66 gen sich auf einen zunehmend kleiner werdenden Teil
67 der Gesellschaft konzentrieren. Die oberen 10 Prozent
68 der Einkommensbezieher haben seit Mitte der 1990er
69 Jahre in enormem Ausmaß von der Umverteilung zu ih-
70 ren Gunsten profitiert. Die zunehmende Ungleichheit in
71 Deutschland gefährdet auf Dauer das Zusammenleben
72 aller; zudem ist sie auch noch volkswirtschaftlich kon-
73 traproduktiv. Um im Sinne von Thomas Piketty zu spre-
74 chen: „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
75 wissen, dass unser Wohlstand auf Bildungsfortschritten
76 und Investitionen in die Ausbildung fußt – und nicht auf
77 der Religion von Reichtum und Ungleichheit. Wir wol-
78 len, dass genug Zukunft für alle da ist, nicht nur für die
79 Wenigen.“

80
81 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den-
82 ken ökonomische Vernunft und solidarisches Miteinan-
83 der zusammen. Dazu gehört eine auskömmliche Aus-
84 stattung des Gemeinwesens für ein solidarisches Mit-
85 einander.

86
87 Die Marktgläubigkeit der letzten zwei Jahrzehnte, die
88 auch unsere Partei ergriffen hat, hat zu Unwuchten in
89 unserer Gesellschaft geführt und zu einer weit verbrei-
90 teten Abstiegsangst bis weit in die Mittelschicht hin-
91 ein. Diesen Trend wollen wir stoppen und umkehren.
92 Wir wollen auch steuerpolitisch die Partei der sozialen
93 Gerechtigkeit und die Interessenvertretung der Vielen
94 sein.

95
96 Das Ziel ist, die mit den notwendigen Einnahmen der öf-
97 fentlichen Hand und der Stärkung der staatlichen Hand-
98 lungsfähigkeit verbundenen finanziellen Lasten gerecht
99 zu verteilen. Dafür müssen Steuertricksereien und Steu-
100 erbetrug wirksam bekämpft, steuerliche Privilegien für
101 hohe Vermögen und Einkommen abgebaut und kleine
102 und mittlere Einkommen – und nur die – wirksam ent-
103 lastet werden.

104
105 Dazu im Einzelnen:

106
107 **Bekämpfung von Steuertrickserei, Steuerbetrug und**
108 **Steuerraub**

109 Staatseinnahmen sind nur dann gerecht, wenn sich al-
110 le angemessen an der Finanzierung des Staates betei-
111 gen. Das ist so lange nicht der Fall, wie global agieren-
112 de Unternehmen und viele besonders vermögende Pri-
113 vatpersonen Steuern durch trickreiches Ausnutzen von
114 Schlupflöchern bis hin zum Betrug oder gar der Plün-
115 derung öffentlicher Kassen umschiffen. Dass Steuerräu-
116 ber allein in den letzten Jahren Steuern nicht nur hin-
117 terzogen, sondern die öffentlichen Kassen durch Rück-

118 erstattung von zig Milliarden Euro gar nicht gezahlter
119 Steuern ausgenommen haben, ist ein Skandal, der nicht
120 hinnehmbar ist, auch weil es die Steuermoral der ehrli-
121 chen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und vieler
122 Unternehmerinnen und Unternehmer untergräbt. Des-
123 halb steht die Bekämpfung dieser teils kriminellen Ma-
124 chenschaften im Zentrum der Offensive, die u.a. folgen-
125 de Maßnahmen vorsieht:

126

127 **Schlupflöcher vermeiden, bestehende Schlupflöcher**
128 **schneller schließen**

- 129 • Automatischer Informationsaustausch zu Kapital-
130 erträgen zwischen Banken und Finanzbehörden
131 auch im Inland wie das bei Lohn- und Gehaltsüber-
132 weisungen selbstverständlich ist.
- 133 • Gesetzliche Regelungen gegen Gewinnverschie-
134 bung über Lizenzgebühren bei der Gewinnermitt-
135 lung durch eine dauerhaft wirksame Lizenzschran-
136 ke.
- 137 • Konsequente Aufarbeitung von Versäumnissen bei
138 der Bekämpfung von Steuerflucht (z.B. Cum/Ex-
139 geschäfte).
- 140 • Meldepflicht für Steuersparmodelle.
- 141 • Öffentliche Darstellung der globalen Verteilung
142 von Umsätzen, Gewinnen und Steuern internatio-
143 nal agierender Unternehmen (Country-by-Country-
144 Reporting).
- 145 • Ausweis der Beteiligung externer Expertinnen und
146 Experten bei der Formulierung von Gesetzen und
147 Gesetzesauslegungen (Footprints).
- 148 • Prüfung steuerlicher Ausnahmetatbestände auf
149 Missbrauchsentwicklung.
- 150 • Schaffung einer gemeinsamen EU-weiten Bemess-
151 ungsgrundlage für die Unternehmenssteuern.

152

153 **Transparenz und Ermittlungsmöglichkeiten verbessern**

- 154 • Klarstellung, auch künftig auf Steuer-CDs und an-
155 dere Insider-Informationen zurückzugreifen.
- 156 • Einführung bundeseinheitlicher Standards (insbe-
157 sondere in Bezug auf die Prüfungsdichte) für Steu-
158 erprüfung und -fahndung.
- 159 • Personelle Verstärkung der Aufklärungseinheiten in
160 der Finanzverwaltung durch ein Sofortprogramm.
161 Zudem braucht eine Steuerfahndung auch die Rück-
162 kendeckung der politischen Führung und nicht de-
163 ren Zerschlagung, denn das ist nur ein Gewinn für
164 die Steuerhinterzieher.
- 165 • Nachbesserung des Gesetzes zur Einführung nicht
166 manipulierbarer Registrierkassen.
- 167 • Verbesserung der Kooperation zwischen Steuerbe-
168 hörden, Finanzaufsicht und der BaFin und eine bes-
169 sere Ausstattung sowie eine Verstärkung der Durch-
170 griffsrechte.
- 171 • Aufbau eines europäischen Transparenzregisters
172 zur Erfassung von offshore Niederlassungen (Brief-
173 kastenfirmen).
- 174 • Verbesserung der Zusammenarbeit von nationalen
175 Steuerbehörden mit OLAF, Europol und Interpol.

- 176 • Gesetzlicher Schutz von Whistleblowern, die einen
177 nachweislichen Betrug an der Allgemeinheit offen-
178 baren.

179

180 **Herstellung von mehr Steuergerechtigkeit und wir-**
181 **kungsvollere Sanktionen bei Gesetzesverstößen**

182 Die Herstellung von Steuergerechtigkeit ist untrenn-
183 bar verbunden mit der konsequenten Anwendung und
184 Durchsetzung von wirksamen Gesetzen.

185 Wir setzen uns ein für die Einführung eines Unterneh-
186 mensstrafrechts zur wirksameren Sanktionierung von
187 Beihilfe zu Steuerstraftaten. Wir lehnen die Privilegie-
188 rung von Betrugsdelikten durch strafmindernde Selbst-
189 anzeigen im Steuerrecht ab.

190

191 Angesichts hoher und weiter steigender Unterneh-
192 mensgewinne und Spitzeneinkommen brauchen wir ei-
193 ne Korrektur der Steuerverteilung, indem die über Jahr-
194 zehnte vollzogene Umverteilung von unten nach oben
195 gestoppt und wieder dem Leitsatz Rechnung getragen
196 wird, dass starke Schultern mehr tragen müssen als
197 schwache. Für die Umverteilung war nicht zuletzt die
198 Verschiebung von direkten hinzu indirekten Steuern
199 verantwortlich.

200 Die SPD hat vor 15 Jahren die größte Einkommensteuer-
201 senkung und die größte Körperschaftssteuersenkung in
202 der Geschichte der Bundesrepublik vollzogen. Dadurch
203 wurden alle Einkommensteuerzahler entlastet. Beson-
204 ders profitiert davon haben allerdings die Großverdie-
205 ner. Diese Verteilungswirkung wollen wir korrigieren.
206 Dabei geht es – gemessen an der konservativ-liberalen
207 Steuerpolitik der neunziger Jahre – nicht um Steuerer-
208 höhungen, sondern um die notwendige Neujustierung
209 und damit die teilweise Rücknahme hin zu einer weite-
210 ren Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen sowie
211 um einen größeren Beitrag von hohen Vermögen und
212 Einkommen.

213 Das wollen wir durch folgende Maßnahmen im Bereich
214 der Substanz-, Einkommen- und Ertragsteuern und der
215 Umsatzsteuer erreichen.

216

217 **Substanzsteuern**

218 • Die Vermögensteuer soll wieder aktiviert werden,
219 mit einem hohen Freibetrag und einem wirksamen
220 Steuersatz. Daher unterstützen wir die Kommissi-
221 on zur Vermögensbesteuerung des Parteivorstands
222 und erwarten konkrete Vorschläge.

223 • Langfristig ist die bisherige Grundsteuer durch ei-
224 ne nicht auf die Mieter umlegbare Bodenwertsteuer
225 zu ersetzen. Dabei unterstützen wir aktuell die
226 Einführung eines werteabhängigen Modells zur Er-
227 rechnung der Grundsteuer mit klaren mietmindernden
228 Wirkungen wie von der SPD Bundestagsfrakti-
229 on gefordert wird.

230 • Zahlung der Grunderwerbssteuer anteilig zum Ei-
231 gentumstitel zur Ausschaltung des Privilegs der
232 share deals.

233

234 **Einkommen- und Ertragsteuern**

- 235 • Im Mittelpunkt von Gesetzgebung und Kommuni-
 236 kation soll zukünftig der Durchschnittssteuersatz
 237 stehen. Die Begriffe Grenz- und Spitzensteuersatz
 238 haben sich als hochgradig missverständlich erwie-
 239 sen und sind zum Werkzeug von Lobbygruppen de-
 240 generiert, die damit weit höhere Steuerbelastun-
 241 gen als die tatsächlichen oder angestrebten sugge-
 242 rieren. (Beispiel: Ein Single mit 60.000 Euro zu ver-
 243 steuerndem Einkommen zahlt derzeit den Grenz-
 244 und Spitzensteuersatz von 42 Prozent, sein Steuer-
 245 satz auf das zu versteuernde Einkommen beträgt je-
 246 doch 27,6 Prozent.)
- 247 • Bei der Erbschaftssteuer sollen alle Vermögens-
 248 arten gleich (keine Privilegierung bei Unterneh-
 249 menserbtschaften) behandelt werden. Hohe Freibe-
 250 träge sorgen dafür, dass die überwiegende Mehr-
 251 heit der Menschen auch künftig nicht von der Erb-
 252 schaftsteuer betroffen sein wird. Schon heute liegt
 253 der Freibetrag bei 500.000 bei den hinterbliebenen
 254 Partnern und bei 400.000 bei Kindern pro Elternteil.
 255 Es geht um eine Besteuerung der Mega-Vermögen,
 256 die in den nächsten Jahren vererbt werden und so
 257 zu leistungslosen Einkommen führen. Wenn bei der
 258 Unternehmensvererbung durch eine sofortige Fäl-
 259 ligkeit Arbeitsplätze gefährdet werden, sollen die
 260 Zahlungsmodalitäten so ausgestaltet werden, dass
 261 das Unternehmen in seiner Existenz und Wettbe-
 262 werbsfähigkeit nicht gefährdet ist.
- 263 • Die Nutzung des Freibetrages bei Schenkung oder
 264 Erbschaft soll nur noch einmalig möglich sein.
- 265 • Wir wollen eine spürbare Entlastung kleiner und
 266 wirklich mittlerer Einkommen bei gleichzeitiger An-
 267 hebung des Durchschnittssteuersatzes für die zehn
 268 Prozent der höchsten Einkommen. Dann könnte im
 269 Gegenzug der Solidaritätszuschlag entfallen. Wir
 270 wollen eine Erhöhung des Grundfreibetrags auf
 271 12.000/24.000 Euro für Singles/Verheiratete. Dar-
 272 über hinaus sorgen wir mit einem Kinderbonus für
 273 eine Entlastung von Alleinerziehenden und Paaren.
- 274 • Die steuerliche Ungleichbehandlung von Einzel-
 275 und Personenunternehmen gegenüber Kapitalge-
 276 sellschaften wird beseitigt.
- 277 • Die Versteuerung von Kapitalerträgen erfolgt zu-
 278 künftig wieder mit der Einkommensteuer und nicht
 279 mehr mit der bisherigen niedrigeren pauschalen
 280 Abgeltungssteuer.
- 281 • Gewährleistung einer fairen Unternehmensbe-
 282 steuerung am Ort der Wertschöpfung im Rahmen
 283 der national geltenden Steuersätze.
- 284 • Wir fordern eine gerechte Besteuerung der digita-
 285 len Wirtschaft und stehen für eine globale Mindest-
 286 besteuerung der digitalen Unternehmen. Wenn es
 287 global nicht geht, dann europäisch, ansonsten im
 288 Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit inner-
 289 halb der EU mit den willigen Staaten. Dabei begrü-
 290 ßen wir die klaren Beschlüsse im Europawahlpro-
 291 gramm der SPD dazu. Parallel dazu entwickeln wir

- 292 geeignete Maßnahmen auf nationaler Ebene, die
293 wir jederzeit aktivieren können.
- 294 • Die steuerliche Absetzbarkeit von Managerbezügen
295 wird auf das 15-fache des Durchschnittsgehaltes (Betriebliche Vollzeitkraft) im Unternehmen/Konzern begrenzt.
 - 296 • Das Ehegattensplitting werden wir für zukünftige
297 Partnerschaften durch einen Familientarif mit Kinderbonus ersetzen (s. Wahlgramm zur Bundestagswahl 2017), wobei der Splittingvorteil auf 7.000 Euro gedeckelt wird.
 - 300 • Jedes Kind ist gleich viel wert, der bisherige steuerlich ungerechte Kinderfreibetrag wird abgeschafft, das Kindergeld durch eine Kindergrundsicherung ersetzt.
 - 303 • Generell darf die steuerliche Förderung von gemeinwohlorientiertem Verhalten nicht zu einem mit dem Einkommen zunehmenden Steuerrabatt führen. Deshalb werden wir den Abzug von der Steuerbemessungsgrundlage durch einen einheitlichen Prozentsatz ersetzen, der bei Spenden oder förderfähigen Investitionen vom Finanzamt erstattet wird. (Zur Verdeutlichung: Heute muss ein Top-Verdiener von einer 50-Euro-Spende lediglich 27,50 Euro selbst bezahlen, den Rest erhält er vom Finanzamt zurück. Für einen Supermarktkassierer beträgt der Eigenanteil dagegen 40 Euro.)
 - 319 • Wir setzen uns für die Entlastung von geringen und mittleren Einkommen durch eine Entlastung bei den indirekten Steuern, wie beispielsweise der Mehrwertsteuer ein.
 - 323 • Wir setzen uns für eine sozial gerechte CO₂-Bepreisung ein. Denn wir wissen, eine CO₂-Bepreisung kann als Teil eines Instrumenten-Mixes einen wirksamen Beitrag zum Erreichen unserer Klimaschutzziele leisten. Wir wissen aber auch, dass diese Lenkungswirkung bei kleineren und mittleren Einkommen und vor allem bei PendlerInnen und MieterInnen zu unverhältnismäßigen Belastungen führen kann. Deshalb fordern wir den Ausgleich von sozialen Härten aus dem Aufkommen der Steuer. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begreifen die Energie-, Verkehrs- und Wärmewende als ökonomische, ökologische und soziale wie gesellschaftliche Herausforderung. Nur eine ganzheitliche Betrachtung wird letztlich zum Erfolg führen.
 - 339 • Die Einnahmen aus der CO₂-Steuer und eines Teils der Mehrwertsteuer wollen wir als Bonus für alle Bürgerinnen und Bürger zurückgeben. Damit korrigieren wir den Steuerbeitrag zugunsten kleiner und mittlerer Einkommen.
 - 344 • Unser Ziel bleibt eine umfassende Finanztransaktionssteuer. Diese soll alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten sowie alle Devisentransaktionen umfassen. Wir begrüßen daher die Festlegung im Europakonvent ausdrücklich.